



Antrag

der Fraktion der SPD

Berufung einer/eines Brexit-Beauftragten

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, unverzüglich eine/n Landesbeauftragte/n für den bevorstehenden Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union („Brexit“) zu berufen.

Die oder der Brexit-Beauftragte soll sich schwerpunktmäßig folgenden Aufgaben widmen:

- Unterstützung und Beratung der Landesregierung Schleswig-Holstein bei der Bewältigung der Folgen und Auswirkungen des bevorstehenden Brexit und bei der Entwicklung von Strategien zur Fortführung und Vertiefung der Beziehungen zwischen dem Land Schleswig-Holstein und dem Vereinigten Königreich nach dem Brexit.
- Ansprechpartner/in und Vermittler/in für Belange von betroffenen Bürgerinnen und Bürgern, Kommunen und Unternehmen in Schleswig-Holstein und der Schleswig-Holsteinischen Wirtschaft im Vereinigten Königreich.

Eine Analyse der Auswirkungen und Folgen sowie eine Strategieentwicklung ist insbesondere für die Kommunen sowie für die Wirtschaft und die Bereiche Reisen, Aufenthaltsrecht, Logistik, Bildung und Wissenschaft, Kunst und Kultur, Verbraucherschutz, Agrarwirtschaft, Fischerei, Umwelt, Klima und Energie erforderlich.

Die Landesregierung wird gebeten, erstmals im 2. Quartal 2019 und dann halbjährlich einen Bericht der Tätigkeiten der/des Brexit-Beauftragte/n vorzulegen.

Begründung:

Die SPD-Landtagsfraktion hat zur 15. Tagung des Landtages einen mündlichen Bericht der Landesregierung zu den „Brexit - Auswirkungen auf Schleswig-Holsteins Wirtschaft und Strategie der Landesregierung“, Drs. 19/943, gefordert. Die wirtschaftlichen und politischen Folgen des Brexit sind noch nicht vollständig abschätzbar. Mit dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union sind neben den kulturellen und unmittelbaren Konsequenzen für die Menschen negative wirtschaftliche Auswirkungen für Schleswig-Holstein aufgrund von zunehmenden Zöllen sowie Handelshemmnissen zu erwarten. Infolge des Berichts der Landesregierung ist die Berufung einer/eines Brexit-Beauftragte/n geboten.

Regina Poersch Thomas Hölck
und Fraktion